



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Deutschland – ein Streikland?

Vermeehrt fragen Journalisten aus dem Ausland nach: Ist das über viele Jahre so ruhige Deutschland zum Streikland geworden? Wird der als fleißig, aber eher als untertänig angesehene Deutsche plötzlich aufmüpfig? Der Eindruck kann sich tatsächlich aufdrängen. Im letzten Jahr begann der gerade beendete Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn, den viele Bahnkunden durch Zugausfälle und Verspätungen zu spüren bekamen. Der Online-Versandhändler Amazon wurde bestreikt, was Verzögerungen bei den Bestellungen nach sich zog. In diesem Jahr kam es bei der Post zu Streiks, wodurch sich Briefe und Pakete in den Versandzentren stapelten. Bei den kommunalen Sozial- und Erziehungsdiensten (Kitas, Heime) schwelt der Konflikt weiter, weil die nach Streiks angesetzte Schlichtung erfolglos blieb. Bei der Lufthansa streiken aktuell die Piloten. Es gibt weitere Beispiele.

Auffallend ist, dass sich die Streiks hin zum Dienstleistungssektor verschoben haben. In der Industrie kommt es schon seit längerer Zeit allenfalls zu Warnstreiks – und fast nur mit Beteiligung der IG Metall. Die Funktionäre der Chemiegewerkschaft kennen Streiks – abgesehen von kleineren betrieblichen Auseinandersetzungen – nur noch aus den Geschichtsbüchern. Weil die Streiks in einzelnen Dienstleistungsbereichen den Bürger als Reisenden, Postkunden oder als Erziehungsberechtigten eines Kitakindes direkt treffen, wird über sie in den Medien auch häufig berichtet. So muss der Eindruck entstehen, dass viel gestreikt wird. Das täuscht aber. Zahlen für dieses Jahr liegen zwar noch nicht vor. 2014 beispielsweise wurde aber nicht mehr gestreikt als im Jahr davor. Und viele ausgefallene Arbeitstage gab es dabei, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, aufgrund der Warnstreiks im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden. Die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage lag im letzten Jahr um ein Viertel unter dem Durchschnitt der Jahre seit der deutschen Vereinigung. Davor wurde in der Bundesrepublik noch häufiger und härter

gestreikt; damals waren die Tarifkonflikte allerdings mehr auf die Industrie, zum Teil auch auf öffentliche Dienste, konzentriert. So gab es etwa 1984 zwanzigmal so viele Streiktage wie 2014. Was die Streikhäufigkeit anbelangt, klaffen Schein und Wirklichkeit also weit auseinander.

Dass sich die Streiks hin zu den Dienstleistungssektoren verschoben haben, hängt damit zusammen, dass dort immer mehr Arbeitnehmer tätig sind und noch ein erheblicher Lohnabstand zum produzierenden Gewerbe besteht. Hinzu kommen branchen- und unternehmensspezifische Besonderheiten. Bei der Bahn ging es nicht nur um Lohnanhebungen, sondern auch darum, dass miteinander konkurrierende Gewerkschaften um ihren Einfluss bei der Vertretung der Arbeitnehmer rangen. Bei den Pilotenstreiks der Lufthansa dreht sich der Konflikt darum, ob die jüngeren Piloten genauso fürstliche Bezüge beim – vorzeitigen – Ruhestand beziehen sollen wie die älteren. Es geht um das Gefühl, benachteiligt zu werden. Aus individueller Sicht mögen die Forderungen berechtigt sein, doch wird die Leistungsfähigkeit des unter zunehmenden Wettbewerbsdruck geratenen Unternehmens völlig aus dem Auge verloren. Bei den Erziehungsdiensten stehen Fragen nach der Eingruppierung und somit nach einer generellen Höherbewertung der Tätigkeiten im Vordergrund – eine sehr seltene Konstellation. Wenn Deutschland sich tatsächlich als Bildungsrepublik verstehen will, sollte auch dem Forschungsstand gefolgt werden, der einer guten frühkindlichen Erziehung die zentrale Bedeutung für den weiteren Bildungsverlauf zuspricht. Dafür bedarf es hoch qualifizierter Fachkräfte und einer Verbesserung des Ansehens des Erzieherberufs. Es geht somit auch darum, welche gesellschaftlichen Ziele verfolgt werden sollen – und auch darum, ob ein typischer Frauenberuf durch eine höhere Entlohnung aufgewertet wird oder ob in traditionellen Geschlechterrollen verharrt werden soll. Im Vergleich zu früheren Jahren sind offenbar die Ursachen für die Arbeitskonflikte vielfältiger geworden.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-UrbaneK
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Dr. Peter Krause
Prof. Dr. Carsten Schröder

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.